

Rieser Tageblatt

Drahtschiff
Tageblatt Rieser
Gemeine Nr. 52
Postfach Nr. 52

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52
Dresden 1830.
Groschaffer
Rieser Nr. 52.

Nr. 219.

Freitag, 19. September 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisveränderung und Nachforderung vor. Anzeigen in der Nummer des Ausgabestages sind bis 4 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile 60 Pfennig; die 33 mm breite Reklamazeile 100 Pfennig. Zusätzliche und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Umtagsbeilage Unterhaltungsbeilage. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger zurechenbarer Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Kompromisspolitik.

qu. Die Stärke und die Zahl der Parteien, die in den Reichstag ziehen, verlangt noch mehr wie bisher eine ausgesprochene Kompromisspolitik. Wie die Mehrheitsgestaltung auch ausfällt, immer werden die an der Mehrheit beteiligten Parteien Kompromisse schließen müssen. Das heißt, sie werden Opferungen opfern und das Opfer von Prinzipien von den anderen Parteien verlangen. Aber selbst wenn es dahin kommen sollte, daß die Regierung mit einer Minderheit regieren und die Unterstützung nehmen will, wo sie sie findet, wird sie jeweils den Parteien, die gewonnen werden sollen, weitgehende Zugeständnisse machen müssen.

Aus dieser Überzeugung heraus erhält das Arbeitsprogramm der Regierung ein gänzlich neues Gesicht. Es kann, worüber man sich in der Regierung heute schon klar sein dürfte, nicht in dem alten Umfange und so durchgeführt werden, wie es von der Regierung entworfen und von den bisherigen Regierungsparteien aufgegeben wurde. Sollte die Regierung die Wahlreform, die Reform des Reichsverwaltungsgerichts, wollte sie das Pensionsfürsorgegesetz, das Steuervereinfachungsgesetz, das Gesetz zur Finanzreform, die Diktate, die Notverordnungen, den deutsch-polnischen Handelsvertrag und schließlich den Etat für 1931 so dem Reichstage vorlegen, wie inzwischen die teilweise beim Reichstag bereits liegenden Entwürfe lauten, so würde sie unweigerlich schon bei der ersten Abstimmung in der Minderheit bleiben. Infolgedessen muß sie, ehe sie vor den Reichstag tritt, zunächst mit den Parteien Fühlung nehmen und ihnen ihre Gesetze vorlegen, muß sie fragen, wie sich die Parteien zu den Einzelteilen dieses Gesetzes stellen und als logische Folge der Einwände Änderungen vornehmen, die jedes einzelne Gesetz von Grund aus ändern.

Man sieht, der Strauch der Entwürfe ist groß, groß wird also auch die Arbeit sein, die jetzt hinter den Rücken bewältigt werden muß. Ganz ausgeschlossen erscheint es jedenfalls, daß der Reichstag sich sofort an die Beratung eines der hier angeführten Gesetze macht. Wenn die Regierung — was sie schließlich machen muß — eine Befristung der Notverordnungen verlangt, so wird sie hier zunächst zuerst eine weitgehende Sicherheit suchen, denn nach den Forderungen der Sozialdemokraten müssen gerade in den Notverordneten Gesetzen erhebliche Änderungen erfolgen. Allein die Bewilligung des ebenfalls notverordneten Etats für das laufende Jahr erscheint ohne Schwierigkeiten vor sich gehen zu können, weil sich an diesem Etat nun ja doch nichts mehr ändern läßt. Jedenfalls ist es für die Regierung ein Dagnis, weiter am Ruder zu bleiben und weiter das Programm zu verfolgen, das so viel vor den Wahlen bekämpft wurde. Nehmen wir die Wahlreform, so gelangen wir gleich zu der Überzeugung, daß sie so, wie sie entworfen ist, bei der extremen Rechten keinen Beifall findet und auf der anderen Seite die Sozialdemokraten sich bereits entschieden gegen eine derart gestaltete Reform ausgesprochen haben. Die Reform des Reichsverwaltungsgerichts soll, nach dem Willen der beiden Parteien, die außerhalb der Regierung um ihre Zustimmung erlucht werden müssen, eine grundsätzliche Änderung erhalten, nach der einen Seite, daß es ein offenes Gericht wird, nach der anderen, daß es ein Diktatorgericht werden soll. Vielleicht könnte man annehmen, daß das Pensionsfürsorgegesetz eine Mehrheit ohne Kompromiss findet, dagegen liegen beim Steuervereinfachungsgesetz bereits abweichende Meinungen vor, die Diktate aber dürfte Schiele schwer in der alten Form verteidigen können, schließlich aber, abgesehen von anderen Vorlagen, der neue Etat. Auf der einen Seite liegen Forderungen auf Steuerabbau, während der Finanzminister glaubt, den Etat gerade mit einem Teilbeitrag von 170 Millionen ohne Steuerabbau abschließen zu können. Es wird sich Widerstand gegen die Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung erheben, es wird verlangt werden, daß Dietrich nicht nur 150 Millionen an Ausgaben spart, sondern die Reichswehr härter angefaßt wird. Es gibt jedenfalls verschiedene Punkte, die nur auf dem Kompromisswege eine Mehrheit erhalten können. Und so muß das Kompromiss — ob es eine festgesetzte Mehrheit gibt oder nur ein Regieren mit wechselnden Mehrheiten — immer in allen Betrachtungen die Hauptrolle spielen.

Da es aber fast ausgeschlossen sein wird, daß die Regierung sich jeweils neue Unterstützung sucht, denn nach links, morgen nach rechts Hilfe sucht, wird sich eine feste Koalition gar nicht umgehen lassen. Sie hat vor allem den Vorteil, daß sie in sich die Verhandlungen führt und in sich einig werden muß. Aus diesem Grunde ist nicht daran zu zweifeln, daß die Koalitionsverhandlungen immer weiter laufen und sicher einmal, bei der Widerstand der erforderlichen Parteien noch so groß, zu einem Abschluß führen müssen.

Antrag auf Landtagsauflösung in Preußen.

von Berlin. Abg. Laband hat namens der Fraktion der Wirtschaftspartei im preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, wonach der Landtag mit sofortiger Wirkung aufgelöst werden soll. Der Antrag wird wie folgt begründet: Nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen steht fest, daß hinter der heute herrschenden Regierungskoalition nicht mehr annähernd die Mehrheit des Volkes steht. Die Nationalsozialistische Partei, die im preussischen Landtag noch nicht Fraktionsstärke besitzt, ist in Wirklichkeit heute die zweitgrößte Partei Preußens.

Der Wehrminister über den deutschen Wehrgedanken.

(Bisingen. Bei einem Empfang zu Ehren der an den Manövern teilnehmenden Gäste, unter ihnen der bayerische Ministerpräsident Feld, der bairische Staatsminister Baum, Vertreter der Regierung, Abgeordnete und Vertreter der Wirtschaft und der Presse hielt Reichswehrminister Groener eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Während unsere westlichen Nachbarn in den letzten Wochen zwei große Manöver durchgeführt haben, an denen je etwa 50 000 Mann, also so viel wie die ganze Reichswehr, teilnahmen, während bei dem letzten dieser beiden Manöver in Ostpreußen allein 4 vollständige Infanterie, zwei vollständige Kavallerie-Divisionen, mehrere Land- und Luftwaffen, 5 Regimenter schwere Artillerie und 5 Fliegerregimenter zum Einsatz kamen, haben Sie bei uns eine einzige Infanterie- und eine Kavallerie-Division, haben Sie Land- und Luftwaffen und eine Kavallerie-Division, haben Sie schwere Geschütze und keine Flieger gesehen. Diese Gegenüberstellung stellt schon alle diejenigen Fragen, die in der deutschen Armee eine Bedrohung für irgend einen ihrer Nachbarn setzen wollen. Um so unangenehmer ist die im Ausland verbreitete Behauptung, Deutschland könne durch Veranlassung von Reservisten binnen kurzem ein großes Heer aufstellen. Ebenso lächerlich ist die Annahme, Deutschland könne mit Hilfe ausländischer Staaten seine Rüstungen erweitern.

Auch schärfte ich alle die Gerüchte zurück, die der Reichswehr unterstellten, sie betreibe eine besondere Kampfpolitik. Diese wird einzig und allein vom Reichsminister und Reichswehrminister bestimmt. Die Reichswehr hat sich stets rückhaltlos in den Zusammenhängen der deutschen Außenpolitik eingestellt. Die deutsche Wehrmacht ist es nicht, die den Frieden Europas bedroht. Wir sind abgerüstet und fordern mit dem größten Nachdruck, wie es auch der englische Außenminister in Genf getan hat, daß auch die anderen Staaten der von ihnen freiwillig übernommenen Verpflichtung zur Abrüstung endlich nachkommen. Die schwierige militärpolitische Lage Deutschlands, die in diesen Beziehungen zum Ausdruck kommt, soll uns aber nicht den Blick trüben für die Leistungen unserer Truppen. Sie legen Zeugnis ab von der ersten Arbeit des Heeres. Diese Arbeit hat auch im Ausland zunehmende Beachtung gefunden. Aber die vielen Lobeshymnen, die von jenseits der Grenze kommen, sind so durchsichtig, daß der Zweck dieser Übertreibungen ganz klar ist. Diese planvolle Arbeit wurde geleistet unter einem unerhörten außenpolitischen Druck und in einer Zeit innerpolitischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten aller Art. Was ist in den letzten Monaten über die Reichswehr nicht alles zusammengekommen worden, über diktatorische Generale, politische Unzuverlässigkeit usw.! Aber sind nicht diese Angriffe auf die zahlenmäßig kleine Reichswehr eine Bekräftigung und Anerkennung der wachsenden Bedeutung der Wehrmacht im Staate? Diese Bedeutung hat die Reichswehr erlangt durch ihre klare politische Linie, die darin besteht, daß sie abseits aller Parteipolitik, nur der Idee des Staates dient. Diesen Weg wird die Reichswehr auch in Zukunft weiter gehen in aufopfernder und starrer Arbeit. Und ich bin überzeugt, daß dieser Weg der allein richtige und mögliche ist.

Wenn eine Erfahrung des letzten Krieges feststeht, dann ist es die, daß die Arbeit der Wehrmacht im Kriege und Frieden nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie vom einmütigen Willen und von der verständnisvollen Mitarbeit des Volkes getragen wird. Gessen Sie die Kenntnis unserer Wehrmacht im Volke vertiefen, wirken Sie für die Berufsauffassung der Reichswehr, abseits aller Parteipolitik nur dem Vaterlande zu dienen, vertreten Sie den Geist aufopfernder und starrer Arbeit, einer Arbeit, der mit negativer Kritik und mitem Spezialisierung nicht genügt wird, sondern nur mit positiver Einstellung und Mitarbeit. Wehrhaftigkeit und Landesverteidigung dürfen nicht Parteifache sein. Bei aller Wehrhaftigkeit landesmannschaftlicher Eigenart gibt es im Reichsheer keine landesmannschaftlichen Gegensätze. Ich darf den Herren Ministerpräsidenten dieser beiden Länder, die hier zu sehen mir eine besondere Freude ist, meinen herzlichsten Dank für die Bereitwilligkeit ansprechen, mit der Sie an dem Zustandekommen der Herbstübung mitgewirkt haben.

Es ist das Ziel meines Strebens und mein inniger Wunsch, daß es uns gelingen möge, weiterhin die Wehrmacht vollkommen herauszuheben über den Streit der Parteien. So wird sie zum einigenden Symbol der Nation. In ihr sind alle Gegensätze durch Selbstsucht und Gehorsam überwunden. Sie ist und will nichts anderes sein als ein zuverlässiges Werkzeug der Reichsgewalt in der Hand des Reichspräsidenten.

Schweres Flugzeugunglück bei Böblingen.

Der Akrobat Schindler und drei weitere Flieger tot.

(Böblingen. Bei einem Übungsflug zweier Flugzeuge über dem Böblinger Flugplatz, bei dem der bekannte Luftakrobat Fritz Schindler das Glucksergebn von einem Flugzeug zum anderen ausprobieren wollte, verunglückte sich die beiden Flugzeuge über der Maschinenfabrik Optima in Böblingen und stürzten ab. Sämtliche vier Insassen, Fliegerer Spengler, Hauptmann Engwer, Kommandant Hagenmaier und der Akrobat Schindler, waren sofort tot. Fritz Schindler stürzte auf das Dach eines Hauses, während die übrigen Flieger mit den beiden Maschinen auf eine Wiese stürzten. Die beiden Flugzeuge wurden vollständig zerstört. Das Unglück ereignete sich gestern nachmittag gegen 4 Uhr.

(Böblingen. Zu dem schweren Flugzeugunglück erfahren wir folgende Einzelheiten: Flugakrobat Fritz Schindler unternahm gestern nachmittag auf dem Flugplatz Böblingen vor einem kleinen Kreis geladener Gäste den Versuch eines Übergangs von Flugzeug zu Flugzeug während des Fluges. Der Übergang sollte von einem Klemm-Flugzeug, gesteuert von Walter Spengler, in ein anderes Klemm-Flugzeug, gesteuert von Hauptmann Engwer, erfolgen. Die beiden Maschinen befanden sich bereits eine halbe Stunde in der Luft und hatten schon verschiedenes Verlöbte unternommen, in die geeignete Lage zu einander zu kommen. Der letzte Versuch schien bereits geglückt. Die eine Maschine, in die Schindler übersteigen sollte, befand sich in guter Lage über der anderen, aus der Schindler übersteigen wollte. Schindler hatte bereits die von oben herabgehende Leiter ergriffen und hing an ihr, als die andere Maschine eine Bö bekam und sich mit der unteren Maschine verlor. Beide Maschinen stürzten aus einer Höhe von 300 Metern ab. Schindler versuchte noch seinen Fallschirm zu benutzen. Der Schirm entfaltete sich auch, wurde aber von der anderen Maschine getroffen und stürzte mit Schindler zu Boden.

Das Reichsverkehrsministerium zur Flugzeugkatastrophe in Böblingen.

Berlin. (Funknachricht.) Zu dem schweren Flugzeugunglück auf dem Flugplatz Böblingen teilt das Reichsverkehrsministerium mit, daß es sich bei dem Unfall um akrobatische Kunststücke am fliegenden Flugzeug handelte, die nicht zu verwechseln seien mit den für die Luftfahrt durchaus notwendigen Kunstflügen. Der Reichsverkehrsminister habe im Rat d. J., nachdem mehrere schwere Akrobatik-Unfälle vorgekommen waren, bei den Bundesregierungen eine Prüfung angeregt, ob derartige Veranlassungen nicht besser ganz zu verbieten seien. Die Anregung habe zu dem Ergebnis geführt, daß Allgemeinverordnungen besonders gefährlichen Charakters, wie z. B. Umsteigen aus einem Flugzeug in ein anderes, oder aus einem Kraftwagen in ein Flugzeug, nicht mehr genehmigt werden sollten. Der Reichsverkehrsminister stehe auf dem Standpunkt, daß durch Unfälle, die bei Ausübung des Kunstfliegens auftreten, die legitime Luftfahrt in unerträglicher Weise gefährdet werde. Er werde sich daher, sobald Klarheit über den Hergang in Böblingen geschaffen ist, erneut im Sinne der von ihm vertretenen Auffassung mit den Bundesregierungen in Verbindung setzen und auch den deutschen Luftfahrtverband ersuchen, von einer Unterstufung derartiger Vorführungen in der Luft Abstand zu nehmen.

Die Flugzeugkatastrophe geklärt.

(Böblingen. Bei dem Versuch des Fliegers Schindler, von einem Flugzeug ins andere umzuheben, der einen so tragischen Ausgang nahm, war auch ein Flugzeug mit einem Filmoperateur an Bord aufgestiegen, der das Kunststück Schindlers kinematographisch aufnehmen sollte. Hierbei sind auch die Unglücksvergnisse, die dem Versuch Schindlers folgten, mit auf den Film gekommen. Über die Verwendung dieses Films, der vielleicht wichtige Aufschlüsse geben kann, ist noch nichts bekannt, da die Flugpiloten diese Aufnahmen einstweilen beschlagnahmt hat.